

Newsletter aus Brüssel

13.2.2017, Ausgabe 21
IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Malta fordert mehr Solidarität in EU-Migrationspolitik
- "Brexit": Mehr Fragen als Antworten
- Schluss mit Sparpolitik und Lohnsenkungen in Europa
- Für ein sozialeres und gerechteres Europa
- Antonio Tajani ist neuer EU-Parlamentspräsident
- EMIS diskutiert Abschlussbericht
- Neuer Aktionsplan für verbesserten Arbeitsschutz in der EU

Malta fordert mehr Solidarität in EU-Migrationspolitik

Am 3. Februar 2017 fand ein informeller Gipfel des Rates der EU zur zukünftigen EU-Migrationsstrategie in Malta statt. Malta hat im Januar 2017 für ein halbes Jahr den Vorsitz des Rates der EU übernommen.

Prioritäten der maltesischen Ratspräsidentschaft sind die EU-weiten Herausforderungen der Migration, der Ausbau des digitalen Binnenmarktes und des internen Energiemarktes, die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit Europas, eine verbesserte soziale Eingliederung, eine engagierte EU-Nachbarschaftspolitik in Krisenregionen, sowie eine engagierte und internationalisierte Meeresspolitik.

In Bezug auf die Top-Priorität Migration will man sich für die Stärkung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems einsetzen, um eine gerechtere Verteilung von geflüchteten und schutzbedürftigen Menschen zwischen den Mitgliedstaaten zu erwirken. Maltas Premierminister Joseph Muscat kritisierte die fehlende Solidarität der EU-Länder bei der Verteilung von Flüchtlingen. Sein Land gehört zu den wenigen EU-Ländern, das Flüchtlinge aus Italien und Griechenland aufnimmt und dessen Küstenwache regelmäßig Menschen aus Seenot rettet. Er äußerte sich daher unzufrieden über die bisherige Migrationspolitik der Mitgliedsstaaten im Rat und versprach, sich für ein Umdenken einzusetzen: "Es ist diese Institution, die ich hier vertrete, die blockiert. Deswegen werde ich ihre Zeit nicht mit denselben Platitüden verschwenden, die so oft bemüht wurden: Über die Nutzung all unserer Möglichkeiten und einer langfristigen Strategie." Malta werde einen ganzheitlichen Ansatz in Migrationsfragen verfolgen, der auch nachhaltige Investitionen in benachbarten und afrikanischen Ländern vorsieht, um so die Ursachen von Flucht und Migration zu bekämpfen.

Auf dem Gipfeltreffen des Rates der EU am 3. Februar 2017 in Malta einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs in einem ersten Schritt auf eine stärkere Zusammenarbeit

mit Libyen, dem Land, über das die meisten Flüchtlinge nach Europa zu gelangen versuchen. Akut will die EU daher in Kooperation mit der libyschen Regierung die dramatische Lage der geflüchteten Menschen vor Ort verbessern, die bislang kaum existente libysche Küstenwache ausbauen und Schleusernetzwerke effektiver bekämpfen, damit die Menschen sich erst gar nicht auf die lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer begeben.

- [Agenda der maltesischen Ratspräsidentschaft](#)
- [Erklärung von Malta 3.2.2017](#)

"Brexit": Mehr Fragen als Antworten

Am 2. Februar 2017 hat die britische Regierung ihre Vorstellungen über eine weitere Partnerschaft mit der EU veröffentlicht. Bereits am 17. Januar 2017 hatte Theresa May eine Grundsatzrede zum "Brexit" gehalten. Die IG Metall kritisiert die ungenauen Aussagen der britischen Regierung und befürchtet soziale, wirtschaftliche und ökologische Verschlechterungen für Großbritannien und die EU.

Das Weißbuch der britischen Regierung bestätigt das Vorhaben eines "harten Brexit", welches die britische Premierministerin Theresa May in ihrer Grundsatzrede Mitte Januar 2017 bereits geäußert hatte. Großbritannien wird demnach weder im EU-Binnenmarkt noch der Zollunion bleiben. Statt dessen strebt das Vereinigte Königreich ein Freihandelsabkommen an sowie neue Zollvereinbarungen mit Europa. May hatte bereits in ihrer Rede betont, dass ihr Land künftig keinerlei Beiträge zum EU-Haushalt leisten und (finanziell) nur an ausgewählten EU-Programmen, etwa im Forschungsbereich, teilnehmen werde. Der Generalsekretär der größten britischen Gewerkschaft Unite, Len McCluskey, äußerte sich besorgt zu den Vorhaben der britischen Regierung: "Raus aus dem Binnenmarkt, [...] raus aus der Zollunion, dann werden Investitionen in Kernsektoren wie Automobilherstellung, Chemie, Luft- und Raumfahrt, sogar Nahrungsmittelherstellung, bedroht sein, da Unternehmen mit hohen Kosten und ernsthaften Störungen ihrer Lieferketten konfrontiert sind."

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall sagte, die Brexit-Rede der britischen Premierministerin sowie das nun veröffentlichte Weißbuch hätten mehr Fragen als Antworten geliefert. "Völlig unklar ist bislang, wie ohne eine Mitgliedschaft im Binnenmarkt der Zugang zu den europäischen Märkten geregelt werden soll, etwa bei europaweiten Normen, Zulassungsregeln oder dem Umweltrecht. Auch andere zentrale Fragen bleiben offen, beispielsweise ob die britische Industrie weiterhin dem Europäischen Emissionshandel unterliegt. Falls nicht, hätte dies nicht allein negative Auswirkungen auf das Klima, sondern könnte auch Wettbewerbsverzerrungen gegenüber dem europäischen Festland bedeuten." Lemb wies darauf hin, dass die zukünftige Vertretung britischer Kolleginnen und Kollegen in Gremien Europäischer Betriebsräte (EBR) ebenfalls fraglich seien. Die IG Metall ist in rund 320 EBR vertreten, die häufig auch Standorte in Großbritannien repräsentieren. Auch nach dem "Brexit" wird sich die IG Metall dafür einsetzen, dass die britischen Standorte Perspektive haben.

Schluss mit Sparpolitik und Lohnsenkungen in Europa

Am 1. Februar 2017 fand in Brüssel eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung von ÖGB, AK Europa, IG Metall und AK Saarland zum Thema Austeritätspolitik in Europa statt. Die Europäische Gewerkschaftsbewegung fordert ein Ende der Sparpolitik und europaweite Lohnerhöhungen.

Die Eurozone steckt seit über acht Jahren in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise. Trotz leichtem Aufwind leiden Länder wie Griechenland und Spanien weiterhin unter Massenarbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit. Überall in Europa wächst die soziale Ungleichheit. Um auf diesen anhaltenden Missstand aufmerksam zu machen, veranstalteten der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Österreichische Bundesarbeitskammer in Kooperation mit IG Metall, Arbeitskammer Saarland und Arbeitnehmerkammer Luxemburg eine hochrangige Podiumsrunde in Brüssel. Vorgestellt und diskutiert wurde die kürzlich veröffentlichte wissenschaftliche Studie über die Auswirkungen der EU-Austeritäts- und Lohnsenkungspolitik von Heiner Flassbeck, Honorarprofessor und Herausgeber der Zeitschrift "Makroskop", und Jörg Bibow, Wirtschaftsprofessor am Skidmore College. Flassbeck und Bibow argumentieren, dass eine allgemeine Lohnsenkung vergleichbar ist mit einer Steuererhöhung spezifisch auf die Lohneinkommen von Arbeitnehmern, und dass daher mit entsprechenden negativen gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen zu rechnen ist. Lohnsenkung kombiniert mit staatlicher Austeritätspolitik hat nach Ansicht der Wissenschaftler massive negative Auswirkungen auf Binnennachfrage und Beschäftigung.

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, äußerte sich in der Podiumsrunde ebenfalls kritisch über den anhaltenden Sparkurs der EU. Darüber hinaus verdeutlichte Lemb, dass das Konzept der großen Investitionsinitiative der EU-Kommission, des "Juncker-Plans", bislang nicht aufgegangen sei. Grund dafür sei, dass keine neuen Gelder bereitgestellt, sondern vorhandene Mittel umgeschichtet werden, die nicht ausreichen, um die Binnennachfrage sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen nachhaltig anzukurbeln. Die stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Katja Letho-Kumulainen, sprach sich für europaweite Lohnerhöhungen für 2017 aus. Der EGB hat jüngst eine entsprechende Kampagne gestartet.

Mit Blick auf die jüngsten politischen Ereignisse in den USA und den anstehenden Wahlen in mehreren großen europäischen Ländern betonte Lemb: "Solange wir nicht die Ungleichheiten Europas stärker und konsequenter bekämpfen, werden wir weiterhin zusehen müssen, wie sich die ökonomische Krise zu einer sozialen und dann zu einer politischen Krise vertiefen wird."

- [Studie "Fiskalische Austeritätspolitik und Lohnsenkung"](#)
- [Link zur "Pay Rise"-Kampagne des EGB](#)

Für ein sozialeres und gerechteres Europa

Die EU-Kommission diskutierte am 23. Januar 2017 mit hochrangigen Vertretern der EU und den Mitgliedstaaten die Ergebnisse der Konsultation zur Europäischen Säule sozialer Rechte. Wenige Tage zuvor hatte sich das EU-Parlament auf eine gemeinsame Position für ein sozialeres und gerechteres Europa geeinigt.

Die wirtschaftliche Lage der Europäischen Union hat sich seit der Finanzkrise insgesamt betrachtet wieder stabilisiert – doch die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten sind überall in Europa stark gewachsen. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, Grundsätze zur Unterstützung sozialer und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme auf EU-Ebene festzulegen, die als Rahmen für sozial- und beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten fungieren. Im September 2015 kündigte die Kommission eine Initiative zur "Europäischen Säule sozialer Rechte" an. Einem ersten vorläufigen Entwurf folgte im März 2016 eine breite öffentliche Konsultation, an der sich auch die deutschen Gewerkschaften beteiligten. Die Auswertung der mehr als 16.000 eingegangenen Beiträge wurde am 23. Januar 2017 auf einer hochrangigen Konferenz in Brüssel diskutiert. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte, die Kommission werde im März 2017 auf Grundlage der Auswertung ausführliche Vorschläge zur sozialen Säule vorlegen. Des Weiteren werde es am 17. November 2017 einen EU-Sozialgipfel mit den EU-Staats- und Regierungschefs, den Sozialpartnern und anderen Interessenträgern zu den Themen faire Arbeitsplätze und Wachstum geben.

In einem eigenen Initiativantrag zur Europäischen Säule sozialer Rechte, der am 19. Januar 2017 mehrheitlich vom Plenum des EU-Parlamentes angenommen wurde, fordern die Europa-Abgeordneten eine Richtlinie zu gerechten Arbeitsbedingungen auch für neue, prekäre und digitale Beschäftigungsverhältnisse. Außerdem sprechen sich die Abgeordneten für die Verankerung eines sozialen Fortschrittsprotokolls in den EU-Verträgen aus. Damit sollen die sozialen Grundrechte gegenüber den wirtschaftlichen Marktfreiheiten gestärkt werden. Des Weiteren wollen sie die Jugendgarantie ausbauen und gegen Kinderarmut vorgehen. Außerdem schlagen sie vor, in allen EU-Mitgliedstaaten Mindestlöhne einzuführen. Bislang verfügen bereits 22 EU-Länder über einen gesetzlichen Mindestlohn.

Die IG Metall begrüßte die Initiative der Europaabgeordneten. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, hob insbesondere den Vorschlag der rechtlichen Verankerung eines sozialen Fortschrittsprotokolls positiv hervor: "Damit geht das EU-Parlament erstmals auf eine langjährige Forderung der Gewerkschaften ein. Soziale Rechte dürfen in der EU den wirtschaftlichen Marktfreiheiten nicht länger untergeordnet sein."

- [Bericht des EU-Parlamentes zur Europäischen Säule sozialer Rechte](#)
- [Position des EGB](#)

Antonio Tajani ist neuer EU-Parlamentspräsident

Am 17. Januar 2017 wurde der neue Präsident des Europäischen Parlamentes gewählt. Damit löst er Martin Schulz, der in die Bundespolitik wechselt, nach fünf Jahren im Amt ab.

Nach vier Wahlgängen wurde Antonio Tajani von der Europäischen Volkspartei mit 351 Stimmen zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Der gebürtige Italiener war vorher Verkehrs- und Industriekommissar unter Kommissionspräsident Barroso und bis zu seiner Wahl Vize-Präsident des EU-Parlamentes. Er setzte sich im letzten Wahlgang gegen den sozialdemokratischen Gegenkandidaten Gianni Pitella durch, auf den 282 Stimmen entfielen. Tajani ist damit der erste Parlamentspräsident, der nicht von einer breiten Mehrheit des Hauses getragen wird. Umstritten sind beispielsweise seine Verbindungen zum früheren italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und seine Rolle im Abgasskandal, der in seine Amtszeit als Industriekommissar fällt.

EMIS diskutiert Abschlussbericht

Die Ausschussmitglieder des EMIS diskutierten am 12. Januar 2017 über ihren Abschlussbericht. Dieser legt Versäumnisse der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten offen.

Der Untersuchungsausschuss des EU-Parlaments zur Aufdeckung mutmaßlicher Verstöße im Zusammenhang des Abgasskandals (EMIS) diskutierte über den Ende letzten Jahres vorgelegten Entwurf des Abschlussberichtes. Die Ausschussmitglieder werden Ende Februar über die finale Version des Berichtes abstimmen, das Plenum voraussichtlich im April. Der verkehrspolitische Sprecher der Sozialdemokraten im EU-Parlament, Ismail Ertug, stellte fest: "Obwohl wir nicht alle gewünschten Dokumente bekommen haben, manche Zeugen nicht aussagen wollten und die Befragungen oft mühsam waren, konnten wir den Skandal gründlich aufarbeiten." Es habe sich gezeigt, so Ertug mit Blick auf die Ergebnisse des Ausschusses, dass sowohl die EU-Kommission als auch die Mitgliedstaaten "an vielen Stellen, an denen sie hätten eingreifen müssen, die Hände in den Schoß gelegt und dadurch zum Abgasskandal beigetragen [haben]."

• [Weitere Informationen](#)

Neuer Aktionsplan für verbesserten Arbeitsschutz in der EU

Die EU-Kommission stellte am 10. Januar 2017 ihre Vorschläge zur weiteren Verbesserung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz vor.

Mit einer neuen Initiative zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz will die Europäische Kommission die Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern EU-weit verbessern. Ihr Maßnahmenpaket baut auf bereits bestehenden Richtlinien auf. Zukünftig soll vor allem der Schutz vor krebserregenden Substanzen (Karzinogene) noch weiter verbessert werden. Durch die EU-weiten Regelungen zum Arbeitsschutz, die seit 25 Jahren bestehen und stetig erweitert wurden, konnte die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle um rund 25% gesenkt werden. Doch durch arbeitsbedingte Krebserkrankungen sterben in der EU jährlich immer noch durchschnittlich 100.000 Menschen. Damit ist Krebs die häufigste arbeitsbedingte Todesursache. Auf diese alarmierende Situation verwies zuletzt eine Studie des Europäischen Gewerkschaftsinstitutes, der wissenschaftlichen Einrichtung des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

• [Weitere Informationen](#)

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel EU Liaison Office
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand